

für Halle monatlich bei zweimonatlicher Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich 4.20 Mark, durch die Post 4.65 Mark auswärts. Zustellungsgebühr, Einstellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Nahe-Zeitung

Zweimünstligster Jahrgang.

wird 3. 7spalt. 38mm br. Kolonnenzeile od. der Raum mit 30 Pf. u. 10% Zuschlag berechnet und in amt. Anzeigebestellen u. allen Anzeigengeschäften angeklammert die 78 mm breite Zeile 1 M. u. 10% Zuschl. Anzeigen - Anzeigebestellen vorn. 11 Uhr, für die Sonntags- u. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen.

Nr. 276.

Halle, Sonnabend, den 15. Juni.

1918.

Großer Erfolg am Afowschen Meer.

10 000 Mann starke russische Banden an der Nordküste des Afowschen Meeres vernichtet. — Fordauer des gesteigerten Artilleriekampfes südlich der Rione. — Feindliche Teilangriffe abgewiesen. — Erhöhte Gefangenzahl.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 15. Juni. (Amtlich.)

Weltlicher Kriegshauptstab.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Kege Erkundungstätigkeit. Südwestlich von Meris machten wir Gefangene. Stärkere Vorläufe des Feindes an der Ukre wurden abgewiesen. Artillerie- und Minenfeuerkampf lebte am Abend beiderseits der Sonne auf.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Südwestlich von Ropon blieb die Infanterietätigkeit auf örtliche Kampfhandlungen beschränkt. Das Artilleriefeuer blieb an Stärke nach.

Südlich der Rione blieb der Artilleriekampf heftigert. Mehrfache Teilangriffe, die der Feind gegen unsere Bunker im Walde von Sillers-Cottetres führte, wurden abgewiesen. Die Gefangenenzahl aus den letzten Kämpfen südlich der Rione hat sich auf 48 Offiziere und mehr als 2000 Mann erhöht.

Leutnant Udet erlangt seinen 30., Leutnant Kirshstein seinen 25. und 26. Aufstieg.

Öften.

Seeresgruppe Eshjörn.

Etwas 10 000 Mann starke russische Banden, die von Zest kommend in der Russ-Bucht an der Nordküste des Afowschen Meeres landeten und zum Angriff auf Taganrog vorgingen, wurden vernichtet. Teile des Feindes, die auf Booten und Flößen zu entkommen versuchten, wurden im Wasser zusammengeschossen.

Der Erste Generalquartiermeister Rudendorff.

20 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 14. Juni. (Amtlich.) Durch die Tätigkeit unserer U-Boote wurden wiederum

20 000 Br.-R.-T.

versenkt. Den Hauptanteil an diesen Erfolgen von etwa 17 000 Br.-R.-T. hat Kapitänleutnant Georg, dessen Erfolg hauptsächlich im Umerellaal erzielt wurden.

Unter anderem wurden zwei tiefseeladene Frachtdampfer von ca. 6000 und 4000 Br.-R.-T. Größe, sowie ein Landdampfer vom Anschein „Ducellum“ (ca. 5000 Br.-R.-T.), der in Begleitung von zwei großen U-Bootjägern fuhr, vernichtet. Ferner wurden von dem im englischen Kriegsdienst eingestellten Fischerfahrzeug „St. Johns“ Geschütz und Kriegslafette erbeutet und Kommandant, Maschinist und ein Mann gefangen genommen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Das Schicksal von Compiègne.

Genf, 15. Juni. (Privattelegramm.) Der „Temps“ meldet: Das Schicksal von Compiègne und damit auch der Hauptstadt Paris wird vom Alliierten-Kriegsrat in Versailles seit Tagen beratschlagt. Man sieht hinsichtlich der numerischen Überlegenheit des Feindes vor einem schwierigen Problem.

Die Furcht vor einer allgemeinen Beschließung von Paris.

Genf, 15. Juni. (Privattelegramm.) In den sozialistischen Zeitungen von Paris läßt die Regierung seit einigen Tagen die Beschließung pessimistischer Betrachtungen zur Kriegsfrage zu. Der „Temps“ schreibt am Donnerstag: Die überfluteten Wohnhöfe von Paris zeigen, wie die Bevölkerung über die Lage an der Front denkt. „Humanität“ schreibt am Freitag zu der militärischen Lage: Wenn Paris in den Bereich der deutschen schweren Geschütze gelangt, so wird das unsere Niederlage bedeuten oder herbeiführen.

Das taktische Meisterstück.

Genf, 15. Juni. (Privattelegramm.) „Daily Mail“ meldet am Freitag früh von der Front: Die Baumrückbildung der ganzen Front ist das taktische Meisterstück des Feindes, das uns nicht entgehen läßt, ob der nächste Stoß gegen Compiègne.

Paris, Helms oder Amiens einlegt werden. Die Alliierten sind gezwungen ihre Reserven auf die ganze Front zu verteilen, was ein strategisches Hindernis für uns ist.

Die Flucht aus Paris.

Saaq, 15. Juni. (Privattelegramm.) Der „New Courant“ berichtet aus London: Die „Daily Mail“ erfährt aus Paris, daß in den letzten drei Wochen ungefähr 120 000 Personen die Stadt verlassen haben, seit Jahresbeginn rund 230 000 Personen. Sollte eine ernste Bedrohung der Hauptstadt eintreten, so werde zunächst die Entfernung der Kinder und Ausländer geplant.

Weitere Einschränkungen in Italien.

Ausbleiben wichtiger Zufahren.

Jüdis, 15. Juni. (Privattelegramm.) Die „Tribuna“ schreibt, daß infolge des Ausbleibens mehrerer Lebensmittelfahrer in den kommenden Monaten mit einer weitgehenden Verbrauchsbeschränkung in Italien zu rechnen ist.

Gegen die Londoner Regierung.

„Wir haben 24 Verbündete.“

Saaq, 15. Juni. (Privattelegramm.) Die „Afton-Teg.“ meldet aus Bern: Die „Morning Post“ gilt bekanntlich als geschworener Feind des englischen Auswärtigen Amtes und ist auch dem Präsidenten Wilson nicht besonders grün. Jetzt hat es ihr die jüngste Rede Lord Robert Cecil angetan, er sei froh, daß er keine rassistische Blokadepolitik betrieben habe, an der das Bündnis mit den Vereinigten Staaten hätte scheitern können, in deren Händen die ganze Zukunft Englands liege. Dazu bemerkt die „Morning Post“: Wir haben 24 Verbündete. Das ist ein großer Gedanke, der jeden Engländer mit einem gewissen Stolz zu erfüllen hat. Unsere Verbündeten hätten sich solches nicht träumen lassen. Sie hätten keinen Verbündeten, es war manchmal sogar umgekehrt. Früher lag es in unserer eigenen Kraft, unsere Zukunft zu verteidigen, heute liegt sie in den Händen unserer Verbündeten. Groß und rühmendwert ist in der Tat die Politik unseres Auswärtigen Amtes.

Die Stimmung in Amerika.

Bern, 15. Juni. Die „Morningpost“ meldet aus Washington: Es hieße die Stimmung des Volkes falsch wiedergeben, wollte man die Enttäuschung verkümmern, die durch den schnellen Vormarsch der Deutschen entstanden ist. Die Amerikaner erkennen an, daß der Feind etwas fertig gebracht hat, das all gemein für un möglich gehalten wurde. Was das Volk beunruhigt, ist das offene Eingeständnis aller militärischen Sachverständigen, daß die Deutschen ihre Erfolge einer Uebererschätzung verdanken, und es fragt sich, ob das nicht zu vermeiden gewesen ist.

Eine holländische Pressestimme über die englische Kampfträchtigkeit.

Amsterdam, 15. Juni. Der militärische Mitarbeiter des „Nieuwe Courant“ sagt am Schluß seiner Beschreibung der jüngsten Kämpfe: Eine ins Auge fallende Erscheinung ist die, daß die Engländer, die doch an Mannschaften und Geschützen so reichlich zu haben, in diesen Tagen, wo die französischen Kräfte der unter dem unermüdeten Druck der Deutschen immer zu leiden haben, nichts von Bedeutung unternehmen, um diesen Druck zu erleichtern, obwohl durch die Franzosen, die doch für so viel kräftiger gelten, letzts für die Briten in die Bresche gesungen sind. Ist die Erklärung dafür wohl sehr weit zu suchen?

Der deutsche Reichstag in Hamburg.

Hamburg, 15. Juni. Der Einladung der führenden Persönlichkeiten aus Handel, Ueberseehandel und Geschäftsfahrt, die sich zu einem Ausfluß zusammengeschlossen haben, sind 175 Reichstagsabgeordnete, Mitglieder aller Fraktionen, mit dem Vizepräsidenten Dr. Dove an der Spitze, gefolgt. Sie trafen gestern nacht kurz nach 11 Uhr im Sonderzuge von Berlin auf dem Hamburger Hauptbahnhof ein, wo wo sie sich nach kurzer Begrüßung durch Herrn Direktor von Goldendorff von der Hamburg-Amerika-Linie in das Hotel Reichhof begaben. Hier wurden die Gäste durch die Herren H. Hege, Vizepräsident der Handelskammer, A. D. Rengmann und S. H. Klöpffer empfangen.

(Rechts Depeschen siehe auch Seite 3.)

Unsere Lusterfolge.

Die Luftwaffe gewinnt von Monat zu Monat größere Bedeutung. Von allen im Kriege besindlichen Nationen werden die größten Anstrengungen gemacht, um die Herrschaft in der Luft zu gewinnen oder zu behaupten. Die Mengen an Bombenmaterial, die auf feindliches Gebiet abgeworfen werden, nehmen immer größeren Umfang an. So wurde erst vor wenigen Tagen gemeldet, daß im Monat Mai nicht weniger als 820 450 Kilogramm Bomben auf feindliches Gebiet abgeworfen worden sind. Bei den großen Kämpfen der letzten Monate konnten sich deutsche Flugzeuge in zureichender Weise beteiligen, wie das in den amtlichen Heeresberichten vielfach anerkannt worden ist. Auch die reinen Luftkämpfe werden immer größer und im Verhältnis hierzu steigert sich auch die Luftbeute. Der geistige Heeresbericht stellte nun fest, daß im Monat Mai nicht weniger als 413 Flugzeuge und 23 Fesselballone unserer Gegner zum Abschuß gekommen sind. Das ist die größte Luftbeute, die überhaupt jemals in einem Monat zu verzeichnen war! Unschätzlich dabei Rekordfiguren verlohnt es sich, einen Rückblick auf unsere bisherigen Erfolge in der Luft zu werfen. Das Jahr 1916 brachte noch verhältnismäßig wenig Luftkämpfe. Bis her waren die großen englisch-französischen Vorläufe an der Somme und bei Ypern von den größten Luftkämpfen begleitet. Die schwersten Verluste hatten unsere Gegner in der Luft bisher im September v. J., wo sie 374 Apparate einbüßten, und weiter zurück im Monat April, wo sie 362 Apparate verloren. Eine an Hand der Meldungen aus dem Großen Hauptquartier aufgemachte Zusammenstellung unserer Lusterfolge ergibt für das Jahr 1917 das folgende Bild:

Table with 4 columns: Monat, Deutscher Verlust (Flugzeuge, Fesselballone), Feindlicher Verlust (Flugzeuge, Fesselballone). Rows for Jan, Feb, Mar, Apr, Mai, Juni, Juli, Aug, Sept, Okt, Nov, Dez.

Zusammen: 729 87 2624 240. Danach war der feindliche Verlust an Flugzeugen im Jahre 1917 3/4 mal so groß wie die deutsche Einbuße. An Fesselballonen war der generische Verlust noch erheblich größer, denn die Feinde verloren etwa 1/2 mal so viel Fesselballone, wie auf deutscher Seite als verloren gebucht werden mußten.

Die folgende Zusammenstellung für die bisherigen Monate des Jahres 1918 ergibt das folgende Bild:

Table with 4 columns: Monat, feindl. Flugzeuge, Fesselballone, deutsche Flugzeuge, Fesselballone. Rows for Jan, Feb, Mar, Apr, Mai, Zusammen.

Wenn wir die Resultate der ersten fünf Monate dieses Jahres mit denen des gleichen Zeitraums von 1917 vergleichen, so ergibt sich, daß unsere Gegner im vorigen Jahre 654 Apparate einbüßten, vom Januar bis Mai d. J. jedoch 1213 Flugzeuge. Allein in den 17 Monaten von 1. Januar 1917 bis zum 31. Mai büßten unsere Gegner rund 4000 Flugzeuge, genau 3927, ein! Dazu kommt noch eine feindliche Einbuße von 339 Fesselballonen im dem gleichen Zeitraum. Wie bei den Kämpfen auf dem Lande, so hoffen unsere Gegner auch für die Luftkämpfe auf die amerikanischen Unterstützung, die das entscheidende Uebergewicht bringen soll. Der Kauf von den 100 000 amerikanischen Flugzeugen zerflatterte gar bald und man sprach bei der Entente erheblich bescheidener „nur“ noch von 20 000 Apparaten. Schließlich aber ließ es, daß man in Amerika hoffte, bis zum Sommer 3000 Apparate flügge machen zu können. In den letzten Monaten erriescht jedoch, daß in Amerika nicht ein einziges Kampfflugzeug vorhanden war und daß ein einigermaßen genügender Apparat überhaupt fehlte. Schließlich erließ man in Washington die freundliche Einladung an die Verbündeten, sie möchten zwecks Ausrüstung des amerikanischen

Werbungsmaterials und der Flugblätter ihre ansehenden Flugzeugführer zur ersten Ansetzung nach der Union senden. Gehehen hat auch das bisher nichts Bedeutliches. Das Werk erst in den nächsten Tagen bekannt, als von drüben Werbungen kamen über viele Hundert Millionen Dollars, die repräsentiert werden soll, ohne daß auch nur ein einziges Flugzeug wirklich amerikanischer Herkunft entlassen ist. Alle Werbungen lassen die Erwartung als berechtigt erscheinen, daß die amerikanische Intervention in den nächsten Monaten gleichfalls keine Entscheidung zugunsten der Entente bringen wird.

Die großbritannische Presse betont mit heiligem Nachdruck, daß England sich unter allen Umständen die Herrschaft in der Luft sichern müsse. Es ist gesagt worden, daß England die Herrschaft in der Luft nicht nur für den Krieg, sondern auch für den Frieden benötige, da das Land sonst engstirnig aufhören würde, eine Zeit zu sein, womit auch die britische Weltstellung ein für allemal dahin wäre. In solchen Sorgen unserer Gegner kommt am besten die große Bedeutung zum Ausdruck, die der Luftwaffe heute zukommt. Die Briten mügen mit ihren Sorgen recht haben; denn die Entwicklung des Flugzeuges liegt in der Tat erst in den Anfängen und seine Zukunft ist zwar nicht zu übersehen, auf jeden Fall aber eine sehr große. Es handelt sich bei den künftigen Wettkämpfen um die Beherrschung der Luft in erster Linie um die Frage der technischen Ueberlegenheit, während sonst ja die Beherrschung des Kriegsschauplatzes, nämlich die Luft, die gleichen sind. Dazu kommt die Frage der militärischen Leistung auf beiden Seiten. Auch nach dieser Richtung dürfen wir nach wie vor mit alter Zuversicht in die Zukunft blicken. Die Beherrschung für diese Zwecke liegt in den Ergebnissen der Luftkämpfe, wie sie allmählich von den deutschen Obersten Heeresleitung bekanntgegeben werden. O. H.

Der Kaiser und die evangelische Kirche.

Berlin, 14. Juni. Auf ein vom Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß bei seiner Tagung in Eisenach am 11. Juni an Seine Majestät den Kaiser gerichtetes Begrüßungs-Telegramm ist folgende Danksantwort eingegangen:

Wägen Sie Dank für den treuen Gruß. Die Evangelische Kirche hat jedes Jahrhundert ihrer Geschichte in besonders schwerer Zeit begonnen. Aber der heiligste Glaube der Reformationszeit und die Freiheit des in Gott gebundenen Gewissens, die in ihr fortlebten, haben alle Stürme überstanden und sie zu einer der tiefsten Segensquellen für Volk und Vaterland werden lassen. Der Weltkrieg, in dem sie im fünften Jahrhundert beginnt, hat zu einer außerordentlichen Steigerung der religiösen Bedürfnisse, aber auch zu einer Störung des Familienlebens und der harmonischen Entwicklung der Jugend sowie zu einer Verchiebung aller übernommenen Verhältnisse geführt, die ihr neue ungeachtete Aufgaben stellen werden. Sie für diese Aufgaben rufen und streben zu helfen und ihr die Wege zu immer tieferer Erneuerung im deutschen Volkstum zu öffnen, ist mir ein Herzensliegen, das für mich neben der verdankensvollen Duldung Andersdenkender zu dem wertvollsten Traditionen des Hauses Hohenzollern gehört. Ich grüße den Kirchenausschuß und die Gemeinden der deutschen Landeskirchen mit dem Wunsch, daß nach regelrechten Frieden die Kirche der Reformation sich als eine der Kräfte bewähre, aus denen ein auch innerlich starkes und geläutertes Volk erwachse. Der Reformationsgedanke für den Wiederaufbau der Auslandsgemeinden gehört mein besonderes Interesse.

Wilsch I m. I. R.
Das Telegramm des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses hat folgende Wortlaut:

Guter kaiserlichen und königlichen Majestät gestattet sich der in der Ueberfahrt Eisenach versammelte Deutsche Evangelische Kirchenausschuß namens der von ihm vertretenen evangelischen Landeskirchen Deutschlands zu den wunderbaren Erfolgen, die unsere unvergleichlichen Truppen in täglich neuen Siegen davontragen, seine wärmsten und eifrigsten Segenswünsche alleruntertänigst zum Ausdruck zu bringen. Es ist gewiß, daß die außerordentliche Hülfskraft, die unser Volk an der Front wie dahinter über Kriegesjahre hindurch bewährt hat, ihre letzte Wurzel in dem Evangelium von Christo hat, dessen Worte die Kirche ist, und dessen umschließende Macht die reformationstreu wieder zum Bewußtsein gebracht hat. In dankbarer Gebeten an die verständigste Förderung, die Ev. Majestät der Tradition des Hauses Hohenzollern getreu dem evangelischen Kirchenwesen hindurch haben zuteil werden lassen, und im Hinblick auf der dreißigjährigen Gedenktage des Regierungsantritts, den Ev. Majestät demüthig begangen werden, gelobt der Kirchenausschuß, auch fernerhin in unwandelbarer Treue daran mitzuarbeiten, daß die evangelischen Kirchen Deutschlands sich als eine Lebenskraft zum Aufbau eines neuen Vaterlandes bewähren. Er erbittet nun Gott den baldigen glücklichen Ausgang des Krieges unter Ev. Majestät glückreicher Führung und eine lange und segnete friedliche Entwicklung des Reiches.

Zum Ehrentage des Kaisers.

Schlachtfeld im Westen, am 14. Juni.
Morgen sind 30 Jahre abgelaufen, seit Kaiser Wilhelm den deutschen Kaiserthron bestiegen hat und die Regierung unseres Vaterlandes leitet. 30 Jahre — ein Menschenalter! Ein Menschenalter voll von lebensfähig schaffender, von tausendfachen Mühen aller Kräfte des Reiches gelohnter Friedensarbeit und — da das Schicksal es fügte — von Kriegserregnissen, wie sie die Welt noch nie gesehen hat. Wir leben auf der Höhe dieser Kämpfe in Tagen, die für äußere Feste wenig Raum gewähren. Erinnerungsliebe aller Kräfte hat uns die schweren Kämpfe dieser letzten Jahre regrecht überdauern, hat jeden einzelnen die Wunden, die der Krieg ihm schlug, mutig und stark ertragen lassen. Nichts Außerordentliches an Glanz und Reizen wird morgen den Ehrentag unseres Kaisers umrahmen. Aber so, wie das grüßende Heben jedes Deutschen in der Heimat morgen den Kaiser jagen wird, so wird auch an der Front, in deren schwerst-umkämpften Abschnitte er seinen Ehrentagstag inmitten zwischen den Truppen schickt und pränkos verbringt will, jedes Mannes Herz ihn dankbar und ehrenbeigehend jagen. Wird sich in Treue und Liebe vor ihm neigen, der uns durch über

30 Jahre hindurch nach eigenem Willen ein vorbildlich harter und gerechter Friedensfürst gewesen ist und der, da Raubgier und Vernichtungswille anderer Feinde uns zum Größten Trüger unserer unerschütterlich einzigen Siegerwillens wiederum vorbildlich hart und gewohnt kämpfend vor uns den Weg zum neuen starken Frieden leucht. Gestalt dem Kaiser vergangen, den Tag im Rahmen einer Reihe solcher Siegestage zu begehen, auf deren Grund der starke Frieden, den wir uns erreiten, ruhen wird. Jugend kämpft um ihn, die geboren wurde, als er schon auf dem Throne saß, und reife Männer kämpfen, die seinen Vater und Großvater noch gesehen haben. Er soll an seinem Ehrentage, der seine laute Reife kennt, das eine weihen: daß diese Jugend und diese Reife — daß jedermann des deutschen Volkes die Ziele, die er uns zum Frieden weiß, als Recht erkennt, daß keiner seine Waffen niederlegen, die Säulen dieses Lebens gegen den Genug der Ruhe verkaufen sollte, es nicht unter letzter Sieg erhoben und unser Reiches freie starke Zukunft unter der weisen Führung seiner Hand geführt ist.

Einzelberatung des Steuersucht-Gesetzes Das Branntwein-Monopol.

Der Hauptauschuß des Reichstages begann am Freitag die Einzelberatung des Gesetzes gegen die Steuersucht. Abg. Gohfeld (Sp.) wandte sich gegen einen Antrag Dr. Jund's, der die in der Vorlage vorgeschlagene Weitererhebung der bundesstaatlichen Steuern vom doppelten auf den dreifachen Betrag erhöhen und statt der Hälfte zwei Drittel dieses Betrages nach näherer Bestimmung der Landesregierung den Gemeinden zur Verwendung für von ihnen selbst zu bestimmende öffentliche Zwecke überweisen will. Er sprach sich für die in der Regierungsvorlage die Weitererhebung der bundesstaatlichen Steuern im doppelten Betrage vorseht, davon aber drei Fünftel den Gemeinden zu den erwähnten Zwecken überweisen will. Er begründete diesen Antrag mit den wachsenden Gemeindeforderungen, vor allem im Schul- und Armenwesen.

Abg. Dr. Jund (nl.) trat für seinen Antrag ein. Mit dem doppelten Betrage der bundesstaatlichen Steuern kämen die Gemeinden nicht aus, da ihre Zustände meist über 100% hinausgingen. Ohne die Erhöhung eines dreifachen Betrages könnten weder die Bundesstaaten noch die Gemeinden ihre Pflichten erfüllen. Unter vermindertem Steuerfiskus made naturgemäß die Rechtsgabe bei diesem Gesetze gleichfalls sehr vermindert.

Abg. Dr. Haas (Sp.) schlug vor, das Gesetz nicht, wie die Regierung vortrage, „bis zum Schluß des nächsten Jahres nach Ablauf des Krieges mit allen Großmächten“ gelten zu lassen, sondern eine fünfjährige Frist für den einzelnen, vom Zeitpunkt seiner Auswanderung an gerechnet, festzusetzen, wozu man sonst möglichst rasch gezwungen werden könnte, dem Gesetz zu verweigern. Im höchsten Fall ist es nicht ganz unbillig, wenn nach erfolgter Auswanderung Stadt und Gemeinde etwas weniger an Steuern erhalten. Sie steht es mit den Verträgen mit ausländischen Staaten hinsichtlich der Doppelbesteuerung? Es wäre nötig, z. B. den Vertrag zwischen Württemberg und Oesterreich zu kündigen. Unterstaatssekretär Schiffer: Die Verträge Preußens mit Oesterreich, Luxemburg und dem Kanton Basel werden durch das Gesetz berührt und müssen daher nachgeprüft werden. Die Festsetzung des Beginns der Frist von fünf Jahren nach dem Zeitpunkt der Auswanderung jedes einzelnen würde großer Schwierigkeiten in der Praxis führen, weil sich sehr schwer bestimmen lassen, wann z. B. ein vorübergehender Aufenthalt zu einem dauernden Aufenthalt wird. Dazu kommt, daß die Etatsjahre sich nicht mit den Veranlagungsperioden decken, so daß die Berechnung zu den größten Schwierigkeiten führen kann. Die vorgeschlagene Sicherheit ist nicht ganz bestimmt, für die Steuerleistung volle Sicherheit zu gewähren. Man will nur einen gewissen Inhalt haben. Eine Verlängerung der Frist von fünf auf zehn Jahre würde die Bewegungsfreiheit der Personen beeinträchtigen, die nicht aus militärischen Motiven auswandern. Die vorgeschlagenen anderen Bestimmungen für die Bundesstaaten und die Gemeinden bringen nur Ungerechtigkeit. Man muß den Bundesstaaten die Freiheit lassen, ihren Bedürfnissen Rechnung zu tragen, es ist nicht zu befürchten, daß sie Gesetze im Widerspruch mit dem Reichsgesetz erlassen und so mit der Freiheit Mißbrauch treiben.

Abg. Erberger (Zentr.): Man soll das Gesetz kurz beschreiben, weil es sonst ein Gesetz gegen die eifrigen Leute wird. Eine zehnjährige Dauer würde die Verlängerung des Zeitraums für die Zeit bedingen. Fünf Jahre sind genug, wenn es notwendig ist, kann man es verlängern lassen. Das Interesse des Volkes kann es notwendig machen, daß diese Frist dauernd im Auslande niederlassen. Man sollte den Bundesstaaten gewisse Freiheiten lassen.

Abg. Wernuth (D. Fr.) trat für die fünfjährige Frist ein und begründete einen Antrag, wonach die Steuerpflicht der auswanderten Reichsgenossen „ohne Rücksicht auf im Auslande erworbenen Grundbesitz“ bestehen bleiben soll.

Unterstaatssekretär Schiffer: Der Antrag ist an sich erwünschelt, gehört aber nicht in dieses Gesetz, weil das eine materielle Entscheidung ist.

In weiteren Berichten der Verhandlungen des Hauptauschusses über das Gesetz gegen die Steuersucht trat Abg. Dr. Jund (nl.) der Aufassung entgegen, als ob durch dieses Gesetz über die Dauer des Krieges hinaus ein Zwang vorgeschrieben werde.

Ein Antrag Gohfelds-Erbergers (Zentr.) will die Geltung des Gesetzes auf drei Jahre nach Ablauf des Krieges mit den Großmächten beschränken, und die Folge der Aussprache der Reichstages beschließen, um diesen Punkt.

Abg. Wernuth (Sp.) meinte, die Schwierigkeit des Stoffes mache es notwendig, zunächst mit dem Gesetze einmal eine Probe zu machen.

Unterstaatssekretär Schiffer warnt davor, unter die fünfjährige Frist heruntersinken, aber auch eine längere Zeit zu beschließen. Man solle es bei den fünf Jahren lassen, weil sonst die Durchführbarkeit des ganzen Gesetzes in Frage gestellt sei.

Abg. Graf Carmer (Konf.) schließt sich dem an. In der Abstimmung wurde der Antrag Gohfelds-Erbergers angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag.

Der Besitzsteuer-Antrag.

Wie der „Kön. Volksztg.“ aus parlamentarischen Kreisen geschrieben wird, dürfte das im Reichstage vorgeschlagene Besitzsteuergesetz, das tünlichst schon Anfang Juli ver-

abschiedet werden und für das ganze Jahr 1918 gelten soll, voraussichtlich wie folgt ausfallen:

Eine Mehrertrömmensteuer soll erhoben werden von dem Mehrertrömmen aus jedem Steuerpflichtigen, mit dem dieser für das Jahr 1918 in seinem Bundesstaate veranlagt ist gegenüber der Veranlagung für das Jahr 1914, in Höhe von 5 Prozent bis zu 50 Prozent dieses Mehrbetrags steigend und etwa in folgender Abstufung: Von den ersten 10 000 M. des Einkommensmehrtrömmens 5 Prozent, von den folgenden 10 000 M. des Einkommensmehrtrömmens 10 Prozent, von den folgenden 30 000 M. des Einkommensmehrtrömmens 20 Prozent, von den folgenden 50 000 M. des Einkommensmehrtrömmens 30 Prozent, von den folgenden 100 000 M. des Einkommensmehrtrömmens 40 Prozent, von allen weiteren Mehrbeträgen 50 Prozent. Die geplante

Reichsvermögensteuer soll unabhängig davon erhoben werden, ob das Vermögen während des Krieges gewachsen ist oder nicht. Es wird nach dem Stande des Vermögens vom 31. Dezember 1916 berechnet und ist wie folgt vorzulegen: Die ersten 50 000 M. bleiben frei. Die folgenden 150 000 M. zahlen 1 vom Tausend, die folgenden 300 000 M. zahlen 2 v. T., die folgenden 500 000 M. zahlen 3 v. T., die folgenden 1 Mill. M. zahlen 4 v. T., alles darüber hinausgehende zahlt 5 v. T. Es ist aber nach Ansicht des Gedächtnisprotokolls der „Kön. Volksztg.“ nicht ausgeschlossen, daß noch Veränderungen stattfinden, welche die Steuerhöhe „etwas erhöhen“, besonders bei der Steuer auf das Mehrertrömmen; ebenso, daß diese Steuern, wenn sie auch zunächst nur für das Jahr 1918 erhoben werden, also einmalig sein sollen, bei Fortdauer des Krieges auch weiterhin zur Erhebung gelangen.

Das Branntwein-Monopol.

Der Reichstagsauschuß für die Beratung des Branntweinmonopols hat in den letzten Sitzungen die Einzelberatung der Vorlage fortgesetzt und eine Reihe von Paragraphen in der Fassung der Regierungsvorlage gegen eine starke Minderheit angenommen. Insbesondere waren von süddeutschen Abgeordneten Vergünstigungen für die kleinen und mittleren Brennereien, die dort fast verbreitet sind, und auch in der Regierungsvorlage schon Erleichterungen erhalten, beantragt worden. Diese Anträge wurden jedoch als zu weitgehend abgelehnt, da bei ihrer Annahme eine Kontrolle nicht mehr möglich sei. Auch zu dem Paragraphen der die Ausnahmen bei der Befreiung der im Monopolbetrieb abgelaufenen Branntweinmengen festsetzt, lagen zahlreiche Anträge vor, die weitere Ausnahmen verlangten. Auch hier wurde sich die Regierung gegen eine zu weitgehende Durchschröbung des Gesetzes im Interesse einzelner Sondergruppen. Zu einer Abstimmung kam es hier noch nicht. Nächste Sitzung: Dienstag.

Friedensfragen in der italienischen Kammer.

Bern, 13. Juni. Der Abgeordnete Mobbigliani kritisierte in der gestrigen Sitzung der italienischen Kammer unter größter Aufmerksamkeit die Haltung der Regierung und erklärte, die Regierung sollte heute die Pflicht empfinden, der Kammer möglichst genaue Angaben über die internationale Lage zu machen. Im Grunde liege die Lage heute dieselbe wie im Frühjahr 1917. Damals hoffte die Entente auf amerikanische Hilfe. Doch seiner tatsächlichen Erolge werde es auch heute wie damals der Feind angeht, der wachsenden amerikanischen Kriegsbereitschaft und infolge innerer Schwächen nicht an Friedensangeboten fehlen lassen, wofür bereits Anzeichen zu seien. Die Entente müsse diese Möglichkeit ins Auge fassen und dürfe heute solche Verluste nicht von vornherein zurückweisen. Es sei die Pflicht der italienischen Kammer, ihre Aufmerksamkeit diesen Friedensmöglichkeiten zu widmen und zuzugewinnen, wie die Pflicht der Regierung, das Parlament in diesem Sinne zu führen, darüber eingehende Besatzen zu machen. Mobbigliani sprach dann noch von zwei Briefe Kaiser Karls, der englischen Württemberg zugewandte bestimmte Friedensvorschlüsse auf in Bezug auf Italien enthalten haben solle, und verlangte darüber Aufklärung. Seiner Meinung nach sollte ferner die italienische Regierung heute das Bedürfnis empfinden, sich noch in den französischen Parlamenten erhobenen Anfragen zurückzuwenden, daß Italien sich an dem Scheitern der österreichischen Friedensvorschlüsse an Frankreich gemessen sei. Sonst habe nur unheimliche Anhebungen gemacht. Die italienische Kammer habe die Rechte nicht, heute keine Besatzen zu machen. Man solle nicht reden, daß die Entente, falls sie sich auf Verhandlungen einlasse, ein Brek-Stowit erlassen würde. Noch sehe die Entente in Erwartung der amerikanischen Hilfe militärisch und politisch auf den besten Fuß, aber man solle nicht vorgehen, daß durch weitere Helfer und durch Unfähigkeit der militärischen Führer die Entente in eine Lage geraten könnte, für die die amerikanischen Hilfe zu spät käme. Auch könnten die Ereignisse im fernem Osten neue Kräftegruppierungen zur Folge haben, deren Interessen dann denjenigen der Entente vorzuziehen wären. Damit die Regierung in ihren Erklärungen nicht durch Mißhöfen der Friedigung gehemmt werde, beantrage er daher namens der offiziellen Sozialisten die Einrichtung parlamentarischer Kommissionen nach französischem Muster. Die offiziellen Sozialisten würden einen diesbezüglichen Antrag stellen. Den Geheimnissen sollte man nach Ansicht des Redners absehen, da diese kein normales Organ des Parlamentes seien.

Frankreichs Truppenmangel.

Berlin, 14. Juni. Charakteristisch für den wachsenden Truppenmangel Frankreichs ist das Versehen, französische Arbeiter durch amerikanische zu ersetzen und die freigebliebenen Leute einzusetzen. Da sich jedoch die französischen Arbeiter gegen Massenentlassungen wehren, muß man die schon eingetroffenen amerikanischen Arbeiter vielfach anderweitig unterbringen. So gründete man in den Pariser Vorstädten mit amerikanischem Kapital 11 kleinere Munitionsfabriken, in denen die amerikanischen Arbeiter beschäftigt werden.

Französische Arbeiter wollen nicht länger für England verbluten.

Berlin, 14. Juni. Die wachsende Kriegsunfähigkeit der Franzosen verdrängt zugleich immer mehr die Kritik an den Bundesgenossen. Englands künftige Mißerfolge ver-